Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]

Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Band: 85 (2000)

Heft: 9

Rubrik: Freidenker Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Freidenker Umschau

Ägypten

Im Frühsommer machte in Ägypten das Gerücht die Runde, Coca-Cola sei antiislamisch. Spiegelverkehrt oder auf den Kopf gestellt würde der Schriftzug "la Mohammed, la Mekka" (Nein zu Mohammed, Nein zu Mekka) bedeuten. Vor allem in den armen Vierteln Kairos wurden Flugblätter verteilt und an andern Orten e-Mails verschickt mit dem angeblichen Beweis für die blasphemischen Worte. Inzwischen hat die höchste religiöse Instanz, der Grossmufti Scheich Nasr Farid Wassel die Gemüter beruhigen können. Nach einer eingehenden Analyse zusammen mit islamischen Gelehrten kam er zum Schluss, der Softdrink sei keine Gotteslästerung. Und jenen, die das Gerücht verbreiten, drohte er an, sie würden für 70 Herbste in die Hölle gestossen. Die Richtigstellung erfolgte noch rechtzeitig vor der Sommerhitze.

TA 7.6.2000

Griechenland

Die griechische Regierung hat im Mai 2000 entschieden, zukünftig auf den Personalausweisen ihrer Bürger die Religionszugehörigkeit nicht mehr aufzuführen. In einem Land, in dem die Trennung von orthodoxer Kirche und Staat nie in die Praxis umgesetzt worden ist, macht diese Massnahme Schluss mit einer allen demokratischen Prinzipien zuwiderlaufenden Verpflichtung. Sie ist umso erfreulicher, als sie zu einem Zeitpunkt erfolgt, da im Namen der europäischen Einigung der Grundsatz des Laizismus neuerdings wieder in Frage gestellt wird. In Griechenland gehören über 90% der orthodoxen Kirche an. Auf einen Aufruf der griechisch orthodoxen Kirche hin haben in Athen rund 200'000, in Thessaloniki rund 100'000 Menschen gegen diesen Beschluss demonstriert.

Le Monde diplomatique, TA 16.6.2000

Rom

Statt der erwarteten Verdopplung der Besucherzahlen brachte das Heilige Jahr Rom bis zum Juli nur ein Übernachtungsplus von 10 bis 15 Prozent. Selbst als Mega-Events angekündigte Veranstaltungen fielen bescheiden aus. Beim "Heiligen Jahr der Werktätigen" am 1. Mai etwa verloren sich ein paar zehntausend Teilnehmer auf dem weiten Feld von Tor Vergata und vermiesten Johannes Paul die Stimmung. Jetzt darf er sich freuen: Das Welttreffen der katholischen Jugend kann als einziger Grosserfolg verbucht werden. Ob die jungen Menschen ihre Tage vor und in Rom auch wirklich so fromm und keusch verbrachten, wie es dem Papst gefallen hätte, darf bezweifelt werden. So war doch in den Zeitungen zu lesen, dass die Helfer auch auf bis zu zehn Geburten gefasst seien.

Kanton Aargau

Am Bezirksgericht Kulm hat musste ein neugewählter Laienrichter (EDU) bereits vor Amtsantritt vom Gerichtspräsidenten ermahnt werden. Der religiöse Fundamentalist hat sich in Zeitungsinterviews nach seiner überraschenden Wahl freimütig und unbedarft über Gott und die Welt unterhalten. Dabei kamen so denkwürdige Aussagen wie "Die Schweiz ist neben Israel das Land Nummer zwei für Gott".

Freidenkerspende 2000

Schritte zu Selbsthilfe und Vergangenheitsbewältigung Beratungsstelle für männliche Opfer sexueller Gewalt

Pädophile Übergriffe sind ein altes Problem. Nur spricht man noch nicht allzu lange offen darüber. Seit rund 5 Jahren nimmt sich der Verein Zürcher Sozialprojekte ganz speziell missbrauchten Knaben und jungen Männem an. Sie ist eine landesweit tätige Hilfsstelle für Opfer sexueller Gewalt. Jedes Opfer hat laut Justiz

Anrecht auf Hilfe bestmöglicher Art, sprich: Beratung, Begleitung vor Gericht, rechtliche Beratung, Hilfe in der neuen Lebenssituation, therapeutische Unterstützung... Vorstand und Delegiertenversammlung der PVS empfehlen Ihnen dieses Projekt zur Unterstützung. Sämtliche Eingänge im Laufe dieses Jahres auf das PVS-Spendenkonto

PC 90 -197500 - 0 "Freidenkerspende"

werden Anfang nächsten Jahres dem Projekt überwiesen. Kontostand Ende Juli: Fr. 4'726. Herzlichen Dank!

Kanton Zürich

Die Klage einer Anwohnerin in Bubikon, welche das Läuten der Kirchenglocken von 5 auf 7 Uhr verschieben lassen wollte, hat das Bundesgericht abgewiesen. Es argumentierte in seinem einstimmig gefällten Urteil, Kirchengeläut sei Sache der Gemeinden. Der Ermessensspielraum der Gemeinden dürfenur mit grösster Zurückhaltung eingeschränkt werden. Die Gemeindebehörden vermöchten die lokalen Verhältnisse besser zu beurteilen. "Lokale Traditionen" seien stark zu gewichten. Begründet wird weiter damit, dass die bundesrechtlichen Lärmvorschriften keine Grenzwerte für Glockengeläut vorsehen. Kirchengeläut sei nicht vergleichbar mit dem Lärm eines Rasenmähers, welcher erst um sieben Uhr mähen dürfe, auch nicht mit Verkehrs- oder Industrielärm.

Aber es geht auch anders: Seit dem 1. August wird in Uster das Kirchengeläut von fünf Uhr morgens im Sommer und 5 Uhr 30 im Winterhalbjahr einheitlich auf sieben Uhr angesetzt. Schon vor Jahren hatte ein Anwohner das Verlegen des Frühgeläutes auf einen späteren Zeitpunkt verlangt. Gegen den damals ablehnenden Entscheid des Stadtrates rekurrierte er. Die kantonale Volkswirtschaftsdirektion sanktionierte den Stadtratsbeschluss, worauf die Angelegenheit an den Regierungsrat weitergezogen wurde. Dieser hat bis heute nicht geantwortet. Nunmehr hat der Stadtrat mit der Änderung der Läuteverordnung von 1919 dem Begehren entsprochen. Die römisch-katholische Kirchenpflege hat zudem auf Antrag der Anwohnerschaft einer neuen Überbauung bei der katholischen Kirche beschlossen, zwischen 22 und 6 Uhr den Glockenschlag einzustellen. In Wallisellen wird neu in den Nachtstunden der Glockenschlag von 22 bis 6 Uhr auf den Stundenschlag reduziert.

TA 6.8.2000, NZZ 26.7.+15.8.2000

damals die katholische Zentrumspartei. Die damaligen propagandistischen Techniken, Gewalttrupps gepaart mit Fahnenkult, sind bestens dokumentiert. Aktuelle Bezüge? 1. August 2000 auf dem Rütli? Les extrèmes se touchent.

In einer direkten Demokratie, die der auch über die amerikanische Unabhängigkeit aufgeklärte Friedrich Schiller seinem Kulturkreis mit dem Schauspiel "Wilhelm Tell " nahelegte, wäre das nicht möglich gewesen!

Der vergessene Freidenker und atypische Politiker Eugen Richter, 1838 -1906, steht dazu in geschichtlichem Zusammenhang. Eugen Richters Befürchtungen wurden leider Realität und traurige Vergangenheit im 20. Jahrhundert. Er war der härteste Verfechter der Trennung von Staat und Kirche und Anwalt der Freiheit im deutschen Reichstag und Abgeordnetenhaus, denen er, von seinen Wählern geschätzt, über 30 Jahre angehörte. Das war vor Haeckel und dem Monistenbund. Immanuel Kant, Wilhelm von Humboldt, Gotthold Ephraim Lessing (Freigeist, Autor von "Nathan der Weise") lassen grüssen. Der österreichischer Freidenker Ludwig von Misesfloh von den Nazisausder Schweiz überdas besetzte Frankreich in die USA. Er schrieb: "Die Gebildeten und weite Schichten der Halbgebildeten hatten im 19. Jahrhundert den Glauben an den Gott des alten und neuen Testaments verloren. Mit dem Glauben an Gott schwand auch die Ehrfurcht vor den Königen von Gottes Gnaden; sie hatten sich nur allzumenschlich erwiesen. Man wendete sich einem neuen Gotte zu, den der Etatismus verkündete. Der Etatist sagt ganz allgemein 'Staat', doch er meint immer nur den Staat, dessen Regierung genau das tun wird, was er, der einzelne Etatist, für richtig hält. Darum kann auch keine Erfahrung seinen Köhlerglauben erschüttem. Das Übel hat eben eine Regierung verschuldet, die nicht nach seinem Willen, daher falsch gehandelt hat. Die richtige Regierung des wahren Staates, wie er ihn sich denkt, wird das verwirklichen, was richtig ist." ("Im Namen des Staates"), S. 88.

Daniel Barth, Bellmund

Mit dieser Duplik beschliessen wir die Diskussion zwischen Peter Bürki und Daniel Barth im FREDENKER möge sie anderswo weitergehen!

Die Redaktion

Aktive und passive Sterbehilfe

Es wird höchste Zeit für eine Neuregelung in Sachen Sterbehilfe. Es ist eines liberalen Staates wie der Schweiz unwürdig, dieses Thema juristisch so schwammig geregelt zu haben.

Passive und aktive (auf Verlangen) Sterbehilfe müssen erlaubt sein. Menschenwürde heisst auch: Menschenwürdiges Sterben ermöglichen.

Diesbezügliche Einwände von religiöser Seite, empfinde ich als unerträgliche Anmassung, denn dem religiösen Menschen ist es unbenommen, seinen u.U. schmerzhaften Sterbeprozess als gottgewollt, als vom Teufel geschickt o.ä. zu akzeptieren.

Eine Ausdehnung seiner ureigensten persönlichen Auffassung auch auf Nichtgläubige oder Andersgläubige hat zwar Tradition in den Kirchen, darf aber nicht hingenommen werden.

Ralph Riedel, Zürich

Forts. v. S. 2

Russland

Die orthodoxe Kirche in Russland hat erstmals ihre Lehre zu Fragen von Staat und Gesellschaft festgeschrieben. Sie enthält ein klares Nein der russischen Kirche zu Abtreibung und Homosexualität. In einem Abrücken von der traditionellen starken Verbindung zwischen Staat und Religion in Russland betonte die Bischofssynode die Unabhängigkeit der Kirche stark. Der Staat dürfe sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Kirche mischen. Zur Frage der Abtreibung, die in Russland immer noch die häufigste Form der Geburtenkontrolle ist, verlautete die Kirche: "Die Kirche kann unter keinen Umständen ihren Segen zu einem Abort geben." (1998 wurden in Russland doppelt so viele Abtreibungen wie Geburten registriert.)Weiter rief sie zu sozial verantwortlichem Wirtschaften auf: "Bei jeder Form (des Eigentums) sind sündhafte Erscheinungen möglich wie Diebstahl oder eine ungerechte Verteilung der Früchte der Arbeit, wie auch eine würdige, sittlich gerechtfertigte Nutzung der materiellen Güter".

NZZ 16.08.2000



